

„Eine Schule für alle“

Gemeinsam lernen von der 1. bis zur 10. Klasse

Unser bestehendes Bildungssystem erschwert einem erheblichen Teil der Schülerinnen und Schüler Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Dies ist ein Skandal, der unter anderem aus der Aufteilung von neun- bis zehnjährigen Kindern auf unterschiedliche Schulformen herrührt. Dieses frühe Auslesesystem gibt es OECD weit nur noch in Deutschland, Österreich und zwei Kantonen der Schweiz.

Studien der internationalen Bildungsforschung belegen, dass durch längeres gemeinsames Lernen

- alle Schülerinnen und Schüler einen höheren Lernerfolg erzielen und größere Sozialkompetenz entwickeln können,
- die derzeitige enge Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft abgebaut werden kann.

Die überfälligen Korrekturen an unserem Bildungssystem werden von der Landesregierung jedoch nicht vollzogen. Im Gegenteil: Beim Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen wurden durch das neue Schulgesetz weitere Hürden aufgebaut. Ungleiche Bildungschancen wurden festgeschrieben.

Vertreter/ Vertreterinnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, haben heute ein Aktionsbündnis gegründet, um eine Volksinitiative / ein Volksbegehren durchzuführen mit dem Ziel, dem Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen einen Gesetzentwurf zur Entscheidung vorzulegen, der die Zusammenführung aller bestehenden Schulformen beinhaltet. In dieser einen **Schule für alle** werden Kinder und Jugendliche bis zum ersten schulischen Abschluss in der Sekundarstufe I gemeinsam beschult. Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf gehören von Anfang an dazu und erhalten dort die notwendige Förderung. Jedes einzelne Mädchen und jeder einzelne Junge wird in seiner Gesamtentwicklung unterstützt.

2007, von der Europäischen Kommission zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ erklärt, ist für uns der geeignete Zeitpunkt mit den umfangreichen Vorbereitungen für diese Gesetzesinitiative zu beginnen. So lange eine Abgeordnetenmehrheit im NRW-Landtag am gegliederten Schulsystem festhält und sich dabei auf eine angebliche Bevölkerungsmehrheit beruft, machen es die Unterzeichnenden zu ihrer Aufgabe, sich intensiv um weitere UnterstützerInnen zu bemühen. Denn das Thema „Eine Schule für alle“ erfordert eine breit angelegte Diskussion über Parteigrenzen hinweg. Damit gehört der Weg zum Ziel, die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung in NRW zu gewinnen und dies in einem Volksbegehren zu dokumentieren. Wir laden jeden ein, sich unserem Bündnis anzuschließen.